

AKS-Veranstaltung „Hilfe unter Protest“ – 11.3.2017 @ KH Freiburg

a) Hartz IV

- Rahmenbedingungen gesetzlich verankert (Grundgesetz, SGBII)
- Aufträge des Jobcenters annehmen/abweisen? --> (Ohn-)Macht der Pforte
- Informationsfreiheitsgesetz: interne Dienstanweisungen des Jobcenters (eingefordert und erhalten)
- Handlungsspielräume nutzen
- Steuerungsrunden / Vernetzung Jobcenter + Soziale Arbeit
- Daten sammeln / fachliche Statements
- FRIGA, Beratungsstellen mehr nutzen
- Fehler dokumentieren / Zeitaufwand
- als Beratungsstelle Politiker_innen einladen + nutzen (parallel von verschiedenen Seiten)
- als Beistand mitgehen / Ermächtigung
- Forschungsanfrage Hartz IV
- Sammlung beim AKS (unabhängig)

b) Jugend- und Familienhilfe

- Beratung und Begleitung bei Ämtern (Jobcenter, Ausländerbehörde)
- eigene Handlungsspielräume wahrnehmen
 - + "Verbündete suchen" -> Methode ausbauen
 - + Konzept ausarbeiten (schauen, wo ist politischer Protest möglich)

c) Gemeinwesenarbeit

- "Hilfe unter Protest" – grundlegender Bestandteil?
- Gestaltung einer inklusiven Stadt?
- Wichtig:
- Kultur, Haltung, Wissen
- Verbündete finden
 - Organisierung Träger = Netzwerkarbeit
 - Konflikt verbreiten = Netzwerkarbeit
- Verbündete in Gemeinderat + Verwaltung finden + Zugänge
- gute Argumente / fachliche Basis
- welche Spielräume sind nutzbar
- Hintergründe aufdecken
- Empörung organisieren
- Widerständigkeit in Teams --> kollektives Handeln vs. Individuelle Strategien
- "Übersetzungsarbeit leisten" / Inhalte auch am Gegenüber orientieren
- eigene Kräfte/Ressourcen im Blick behalten + Motivation –Rolle von Strukturen

d) Migration

- ist in der Institution kritische soziale Arbeit erwünscht?
- Netzwerk bilden mit anderen/Gleichgesinnten
- vielseitiger Protest (kulturell, politisch, individuell)
- Betroffene einbinden (mit nicht für)
- z.B. Gemischtes Wohnheim Geflüchtete/Studierende
- Strukturen und Kontakte nutzen (z.B. Gemeinderat)
- "Weltoffene Hochschule" - Diskriminierung z.B. Durch ACK-Klausel
- Empowerment für politische Themen
- Initiativen der Betroffenen aufgreifen